Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 2140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22815.

Nr. 393. Halle, Mittwoch, den 24. August 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Die Verständigung mit Amerika.

er. Im Schatten des strengsten Schweigegebotes und des tiefsten Amtsgeheimnisses haben wochenlange Verhandlungen zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Rosen und dem amerikanischen Geschäftsträger in Berlin Ellis Dresel stattgefunden. Was bisher davon an die Öffentlichkeit kam, waren Gerüchte. Ein Gerücht war es, daß die Vereinigten Staaten nun immer noch keinen Frieden mit Deutschland schließen wollen, sondern zunächst nur einen Handelsvertrag, daß also noch keine endgültigen Geschäftsträger aufgestellt, keine normalen diplomatischen Beziehungen eingerichtet, sondern nur ein paar Konsule ausgetauscht werden. Dieses Gerücht wurde genährt durch die Anwesenheit des amerikanischen Großfinanziers Vanderlip in Berlin. Herr Frank E. Vanderlip, Präsident der First Nationalbank of New York, nicht zu verwechseln mit dem etwas phanastischen kalifornischen Bankier Vanderlip, hatte eine sehr ernstliche Mission, verkehrte viel mit dem Wiederaufbauminister Rathenau, konnte aber als Privatmann nicht mehr als einige gutgemeinte (und richtige) Ansichten über Deutschland aussprechen und dann nach Prag weiterreisen. Unterdessen haben die deutschen Amtsstellen wirklich diplomatische Arbeit geleistet. Es stellte sich heraus, daß der Reichstagsbeginn nicht wegen der Steuergesetze, sondern wegen der noch schwebenden Verhandlungen mit Amerika hinausgeschoben ist. Reichskanzler Wirth hat die Parteien befragt, zuerst die Regierungsparteien, dann die Opposition (mit Ausnahme der Kommunisten, die doch nur den wilden Mann spielen), zwischendurch auch namhafte Wirtschaftspolitiker und Persönlichkeiten aus Industrie und Handel. Alle sind sie der einzig vernünftigen Ansicht, daß zuerst der Friede und dann der Handelsvertrag abgeschlossen werden muß, sonst wäre das Pferd am Schwanz aufgezäumt. Ein Handelsabkommen zwischen Staaten, die sich eigentlich noch im Kriegszustand befinden, wäre ein Unding. Dieser Einsicht konnte sich das Staatsdepartement in Washington nicht verschließen, und so erhielt denn Herr Dresel die Entschließung Knox-Porter als „Instrument" für seine Berliner Konferenzen in die Hand. Die Resolution Knox-Porter stellt einen Kompromißbeschluß der beiden Häuser des amerikanischen Kongresses dar. Sie wurde am 1. Juni ds. Js. gefaßt, am 2. Juli vom Präsidenten Harding bestätigt. Die Vereinigten Staaten behalten sich darin alle Rechte aus den Waffenstillstandsbedingungen, aus den weiteren Abkommen und Verträgen, insbesondere aus dem Versailler Vertrage vor, ersparen es uns aber offensichtlich, das von der Entente erzwungene Bekenntnis der Schuld am Kriege zu wiederholen, so daß die Regierung Wirth gegen den Widerspruch der nationalen Parteien beim Abschluß des deutsch-amerikanischen Friedensschlusses gesichert erscheint. Es steht aber noch genug unangenehmes in der Resolution. So der Punkt 5, welcher besagt, daß alles Eigentum der kaiserlich deutschen Regierung, das seit dem 6. April 1917 in den Besitz der Vereinigten Staaten gekommen ist, durch das amerikanische Schatzamt einbehalten wird — „Verfügt wird darüber", heißt es in dem Beschluß, „nur gemäß den amerikanischen Gesetzen, bis die Rechtsnachfolger der kaiserlich deutschen Regierung alle amerikanischen Ansprüche befriedigt haben". Ebenso hat vorher Deutschland den Vereinigten Staaten das Meistbegünstigungsrecht bezüglich Handelsschiffahrt und Besitzrechten zu gewähren. Die Einzelheiten aller dieser amerikanischen Ansprüche werden wohl weniger im Friedensvertrag, als im darauf folgenden, Handelsvertrag geregelt werden. Insbesondere wird der Handelsvertrag endlich das leidige Problem der in Amerika beschlagnahmten deutschen Guthaben lösen und zwar hoffentlich in der Weise, daß diese Guthaben gegen Reparationszahlungen voll und ehrlich angerechnet werden. Allzu schöne Hoffnungen sollte man im übrigen noch nicht an den Handelsvertrag knüpfen. Die Vereinigten Staaten sind dabei, sich einen neuen Zolltarif zu geben, der gegenüber dem bisherigen Zustand eine Verschärfung der Zollschutzmaßnahmen u. a. auch gegen die deutsche Einfuhr vorsieht. Der drohende Zolltarif der Abgeordneten Fordney ist republikanischer Prägung und „sagt der ganzen Menschheit einen erbarmungslosen Handelskrieg an". (So wörtlich der Bericht der demokratischen Minderheit im Tarifausschuß!) Der deutsch-amerikanische Handelszustand vor dem Kriege wird nicht wiederkehren! —

Truppentransporte nach Oberschlesien.

Vom 25. August werden von Mainz aus Verstärkungstruppen für Oberschlesien durch Deutschland transportiert und zwar sind auf Ersuchen der Entente Vorbereitungen getroffen worden für den Transport zweier Bataillone Engländer, für die vier Züge bereitgestellt werden und einer Brigade Franzosen, die in 16 Zügen nach Oberschlesien gebracht werden sollen.

Einberufung des Reichstags zum 27. September.

Der Reichstag hatte in seiner letzten Sitzung vom 7. Juli den Präsidenten ermächtigt, die nächste Plenarsitzung auf den 6. Sept. anzuberaumen für den Fall, daß bis dahin die Beratung der Steuergesetze in allen vorbereitenden Instanzen erfolgt sei. Da die Steuergesetze den hierzu berufenen Körperschaften zur Zeit noch zur Beratung vorliegen und da die oberschlesische Frage, auf deren Entscheidung man noch im August gerechnet hatte, durch den Obersten Rat vertagt worden ist, so hat der Präsident des Reichstages nach Fühlungnahme mit den Fraktionen und der Reichsregierung die Einberufung des Reichstages aufgeschoben. Als Termin des Zusammentritts ist nunmehr der 27. September vorgesehen.

Die Parteien und das Wirthsche Steuerprogramm.

Während die Deutschnationalen sich gegenüber dem Wirthschen Steuerprogramm auf den wenig vaterländischen Standpunkt stellen: diesem Kabinett keinen Groschen, erkennt die Nationalliberale Korrespondenz Nr. 176 vom 20. August wenigstens den ehrlichen Willen des Reichskabinetts und namentlich des Reichsfinanzministers Dr. Wirth an. Daß es dabei ohne hämische Bemerkungen gegen Wirth nicht abgeht, ist selbstverständlich. Zu den einzelnen Steuergesetzen nimmt das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei noch keine Stellung. Aus der ganzen Tonart des Artikels ist aber zu hoffen, daß die Partei ehrlich mitarbeiten wird, die Mittel für die Wiedergutmachungen aufzubringen. Dazu liegt ja auch für sie eine gewisse Verpflichtung vor, weil ihr Führer Stresemann zur Uebernahme des Reichskanzlerpostens nach bestimmten Zusagen Englands bereit war, die aber an der Höhe der aufzubringenden Summen nichts geändert hätten. Genau so wirklichkeitsfremd wie die Deutschnationalen zeigen sich die Mehrheitssozialisten. Sie agitieren noch immer mit dem Schlagwort von direkten und indirekten Steuern, einem Unterschiede, der vor dem Kriege berechtigt war, heute aber, wo alle Steuerquellen bis aufs äußerste ausgeschöpft werden müssen, veraltet ist. Wenn eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins in Frankfurt a. M. wieder von der Steuerscheu der Besitzenden spricht und das Problem der Kohlensozialisierung wieder in die Debatte wirft, so beweist das aufs Neue, daß die Partei, die nach dem Zusammenbruch praktische Arbeit auf realen Grundlagen zu leisten bereit war, wieder in den Sumpf der Phrasen versinkt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Besitz, der bereits jetzt gehörig blutet, noch weiter belastet werden muß und wird, und daß sich Eingriffe sogar in die Substanz des Vermögens vielleicht nicht werden vermeiden lassen. Daß aber ohne Verbrauchssteuern die erforderlichen Milliardensummen aufzubringen zu leisten, nicht zweifelhaft sein.

Eine internationale Vereinigung geistiger Arbeit.

Wie Pariser Blätter aus Brüssel melden, hat der hier tagende Kongreß der geistigen Arbeiter eine Resolution angenommen, in der es heißt: 1. Der Kongreß erwägt einen Entwurf für eine internationale Vereinigung geistiger Arbeit. Er gibt 2. der internationalen Arbeitervereinigung das Mandat, in den verschiedenen Ländern eine Propaganda zu unternehmen, damit in jedem Lande eine zentrale Organisation geistiger Arbeiter, die der internationalen Vereinigung angehören, zustande kommt. Er gibt 3. der internationalen Vereinigung den Auftrag, sofort mit den Organisationen des Völkerbundes und des internationalen Arbeiterbüros bezüglich der eben genannten Fragen in Verbindung zu treten.

Die japanische Frage.

Die Times meldet, es bestände Grund zu der Annahme, daß die japanische Frage noch vor dem Zusammentritt der Abrüstungskonferenz in Washington befriedigend gelöst werde. Man halte es für möglich, daß die Schantungfrage ebenfalls auf das Programm der Washingtoner Konferenz gesetzt wird.

„Der gelbe Streifen."

Mit welchen Mitteln die reaktionäre Presse gegen die schwarz-rot-goldene Flagge kämpft, zeigt ein kurzer Artikel in Nr. 377 der „Deutschen Zeitung". Es wird darin darauf hingewiesen, daß die Juden der großen Städte in der Ghettozeit auf dem Kleide oder dem Kaftan einen gelben Streifen aufgenäht tragen mußten, daß ferner im ganzen Orient Jahrhunderte hindurch die vorgeschriebene Kleiderfarbe der Blöden, Narren und Aussätzigen gelb gewesen sei, und daß die Könige von Frankreich deshalb diese Farbe zu einem Strafkleid und zu einer Straffahne für Adelige und Ritter, welche sich schwer vergangen hatten, wählten; ein ähnliches hätten die englischen Könige angeordnet. Gleichsamt zur Rache hätten die Juden den ihnen früher aufgezwungenen gelben Streifen dem Deutschen Reiche in die Reichsfahne eingesetzt. So wagt ein deutschnationales Blatt über die Fahne zu schreiben, unter der für die deutsche Freiheit und deutsche Einheit gekämpft und gelitten worden ist, über die Farben, die vor der Gründung des Deutschen Reiches bei Truppenkontingenten als Reichsfarbe galten. Als es im November 1918 noch etwas brenzlich aussah, konnten die Herren von der Rechten auch anders. Da schrieb z. B. am 16. November die „Deutsche Zeitung": „Helfen kann uns nur die befreiende schwarz-rot-goldene Tat zu Einheit, Ordnung und Freiheit! . . . Wenn heute das ganze deutsche Volk zusammengefaßt werden soll, unsereiwegen auch im Zeichen der Demokratie, dann besinne man sich wieder auf die Farben Schwarz-rot-gold. Sie sind die Kennzeichen des deutschen Idealismus. Sie sind das Sinnbild großer Gedanken, denen allerdings die großen Taten fehlten. . . . Die Einheit des deutschen Volkes ist in diesen Farben versinnbildlicht." Die schwarz-rot-goldene Begeisterung der Völkischen, die man damals allerdings mit schlotternden Knien niederschrieb, ist unterdessen in ein wüstes Gegeifer übergegangen. Heute können sie wieder dreist und gottesfürchtig sein, und wenn sie es sein können, so verdanken sie es nur der Arbeit, die seitdem ohne und gegen sie geleistet worden ist und die sich in der schwarz-rot-goldenen Fahne symbolisiert.

Der Revolutions-Bazillus.

Forstrat Dr. Escherich gibt im Verlag „Heimatland", München, eine Schriftenfolge „Der Kommunismus in München" heraus, die auf Grund amtlichen, bisher unveröffentlichten Materials von einem in der Eisner-Zeit an höherer Stelle tätigen Manne bearbeitet ist. Das erste Heft behandelt die Vorgeschichte der Revolution und erörtert auch die Ursachen, die zum Umsturz in Bayern führten. Da heißt es:

„Während des Krieges steigerte sich die Unzufriedenheit gewisser Kreise durch den weiterbreiteten Glauben, daß Bayern zu den landwirtschaftlichen Kriegslieferungen (vor allem von Vieh) vom Reiche stärker herangezogen würde als die übrigen Bundesstaaten. Der Bayer empfand die Verringerung der Bierration und die Verschlechterung der Qualität dieses Nationalgetränkes besonders schwer, und den Südbayern als ausgesprochenen Fleischesser und Gemüseverächter traf die Einschränkung des Fleischverbrauchs viel härter als z. B. den Norddeutschen. Der Bayer empfand auch viel schwerer als dieser die Unmenge bürokratischer Verordnungen, welche die Kriegswirtschaft notwendigerweise mit sich brachte. Die allgemeine Unzufriedenheit erfaßte unter diesen Verhältnissen auch den Bauern, der bekanntlich 65 Prozent des bayerischen Volkes ausmacht. Obwohl es ihm finanziell ausgezeichnet ging, überwog doch bei ihm allmählich der Unwille die Gunst der eigenen wirtschaftlichen Lage, und das Wort „Revolution" war seit dem Sommer 1918 ein Begriff, der selbst überall auf dem Lande immer mehr Anklang fand."

Hieran knüpft die Broschüre die treffende Bemerkung: „Die deutsche Revolution des Jahres 1918 ist im wesentlichen die Folge des verlorenen Krieges, besser gesagt, der erschöpften Kraft". Der „Dolchstoß" von hinten nimmt durch die Feststellung eine etwas andere Form an. Das Volk erlag vielmehr einem langsam wirkenden Bazillus, der in verschiedener Gestalt auftrat. Für manchen braven, heute der „Königspartei angehörigen Bayer kam er aus dem Bier. Es wäre ertreulich, wenn Herr Escherich fortfahren wollte, die grassierenden Geschichtslügen weiter in so objektiver Weise zu widerlegen.

Reichstagsfraktion in Konstanz.

Die größere Zahl der Mitglieder der Deutschen demokratischen Reichstagsfraktion hatte sich am 20. und 21. in Konstanz versammelt. Am Vorabend der Tagung waren bereits 18 Abgeordnete eingetroffen, die einer wohlgelungenen Begrüßungsfeier des Konstanzer Vereins in Form eines Familienabends beiwohnten. Nach Vortrag eines schwungvollen Begrüßungsprologs hielt der Vereinsvorsitzende die Begrüßungsansprache, die vom Abg. Pachnicke unter Hervorhebung der Bedeutung Konstanz erwidert wurde. Einen warmen Willkommengruß entbot Oberbürgermeister Dr. Möhricke. Am folgenden Tage begannen die Beratungen, die mit einer kurzen Mittagspause unter dem Vorsitz des badischen Ministers a. D. Dietrich von 9 bis abend 7 Uhr stattfanden und am Sonntag bis in die Nachmittagsstunden ihre Fortsetzung fanden. Die Aussprache war vertraulicher Art und galt in erster Linie Wirtschafts- und Steuerfragen. Am Sonntag nachmittag wurde eine Fahrt über den Bodensee zu einem Besuch des demokratischen Vereins Ueberlingen unternommen. Sonnabend abend fand eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher Abg. Korell die Hauptrede hielt, außerdem sprachen die Abgg. Kulz und Dietrich. Auf allgemeinen Wunsch fand am Sonntag abend eine weitere Versammlung statt. Der große Saal vermochte die Masse der Besucher kaum zu fassen. Das Hauptreferat hielt diesmal Abg. Delius. Außerdem sprach Abg. Schuldt. Selbst die gegnerische Presse muß den glänzenden Verlauf der Versammlungen zugeben und verhehlt nicht, daß die demokratische Partei es ausgezeichnet verstanden habe, sehr gute Redner sprechen zu lassen, die einen nicht zu bestreitenden Erfolg davon getragen hätten. Jedenfalls bedeuten die Versammlungen einen guten Auftakt für die badischen Landtagswahlen.

Französische Versöhnungstat im besetzten Gebiet.

Als Nachkommen alter Preußen, die unter Napoleons Fahnen kämpften, wurden dem Oeffentlichen Anzeiger zufolge acht angesehene Bürger der Stadt Kreuznach durch die französische Behörde mit einer Erinnerungsmedaille dekoriert, der Colonel Clanet mit einer Ansprache überreichte, in der er der Hoffnung auf dauernde Versöhnung Ausdruck gab. Diese Versöhnungstat der Franzosen in den besetzten Rheinlanden ist ganz offensichtlich auf den Geist der Durchdringungspropaganda zurückzuführen, stellt allerdings gegenüber dem garstigen Benehmen der französischen Behörde einen sehr dürftigen Beweis des Versöhnungswillens dar. Die deutschen Bürger aber werden angesichts des bisherigen Auftretens der französischen „Sieger" gegenüber Deutschland besser daran tun, derartige Auszeichnungen abzulehnen.

Beschlagnahmte Jagden für französische Offiziere.

Nach einer Meldung der Koblenzer Volkszeitung haben die französischen Militärbehörden 40 Jagden in Rheinhessen, hauptsächlich in den Gemarken Natterheim und Nierstein beschlagnahmt. Die Jagden stehen gegenwärtig französischen Offizieren zur Ausübung der Jagd zur Verfügung. Einsprüche der Jagdpächter bei der interalliierten Rheinlandkommission haben bisher keinerlei Erfolg gehabt. Die französischen Offiziere haben bereits mit dem Abschuß der in diesem Jahre besonders günstigen Rebhühner- und Hasenbestände begonnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210824015/fragment/page=0001

Der kommunistische Parteitag in Jena.

Zweiter Verhandlungstag

Am zweiten Verhandlungstage sprach der Vertreter der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, **Kreibich (Reichenberg)**, über die in der Tschechei stattfindenden nationalen Kämpfe. Er machte der deutschen Regierung den Vorwurf, daß sie in diese Kämpfe einzugreifen versuche. Das deutsche revolutionäre Proletariat der Tschechoslowakei verbitte sich eine derartige Hetze seitens der deutschen Nationalisten. Der Bulgare **Kolaroff** gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Exekutive, wenn die Berliner Organisation im Sinne ihrer Vertreter weiterarbeiten würde, ihre Meinung über dieselbe im günstigen Sinne ändern würde. (Großer Beifall). Kolaroff erklärte weiter, im Hinblick auf die wirtschaftliche Krise, daß der Kongreß es für seine Pflicht gehalten habe, auf die Schwierigkeit und Langwierigkeit der kommenden Kämpfe hinzuweisen. Die Märzaktion sei als ein Versuch, mit den Massen in Verbindung zu treten, anzusehen. Der Kongreß habe diesen Versuch als einen entschiedenen Schritt nach vorwärts bezeichnet. Die Taktik aber, die die Partei dabei befolgt habe, sei einer erbarmungslosen Kritik unterzogen worden. Die von einigen deutschen Genossen aufgestellte Theorie der Offensivkämpfe sei als schädlich für die revolutionäre Bewegung abgelehnt worden. Kommunisten hätten jedoch immer aktiv zu sein, ganz gleich, ob in der Verteidigung oder im Angriff. Die Vereinigungen, daß der Opportunismus in die Reihen der kommunistischen Internationale eindringen würde, seien grundlos. Die deutsche Partei besonders sei vor ihm geschützt, denn sie habe den Opportunismus in der SPD. und USPD. sowie in den Gewerkschaften in Reinkultur vor sich. Kolaroff gab seiner Freude darüber Ausdruck, mit welcher Einmütigkeit die KPD. Paul Levi wegen seines Disziplinbruches abgeschüttelt habe, und sprach gleichzeitig seine Befriedigung über die gestrige Szene, über die Ausschließung Geyers, Düwells und Waldemars aus.

Das Schwergewicht dieses Parteitages,

so erklärte der Redner, dürfe nicht in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft, in der Einstellung auf die kommenden Kämpfe liegen. Die deutsche Partei sei die beste Sektion der kommunistischen Internationale.

Dann erstattete Dr. Ernst **Meyer**-Berlin den politischen Bericht der Zentrale. Meyer ging auf die politische Tätigkeit der KPD. seit ihrem ersten Parteitag im Dezember vorigen Jahres ein. Der „offene Brief" habe nicht den erhofften Erfolg gehabt, da er leider nicht mit der notwendigen Gründlichkeit vorbereitet worden sei. Der schlimmste Fehler bei der Umstand gewesen, daß man im „offenen Brief" nur theoretisch zum Kampf aufgerufen habe, ohne diese Forderung zu verwirklichen. In Zukunft werden wir uns in unserem Kampfe gegen das Kapital einer erhöhten Aktivität befleißigen. Der Redner kam dann auf die Tätigkeit der Ausnahmegerichte zu sprechen und erörterte in diesem Zusammenhang den Fall Hölz. Wir lehnen es ab, so erklärte er, Hölz als Putschisten, als Disziplinbrecher, oder als einen Schädiger der proletarischen Gesellschaft zu verdammen. Wir verurteilen lediglich, daß er in einer Zeit, in der das Proletariat gemeinsam kämpfen mußte, abseits gestanden hat und jede Verbindung mit uns abgelehnt hat. Zum Fall **Brandler** erklärt Meyer, wenn Brandler sagte, daß die Diktatur des Proletariats auf dem Boden der Weimarer Verfassung möglich sei und daß die Beschlüsse des Weltkongresses nur den ideologischen Samen dafür abgeben, so müsse festgestellt werden, daß dies nicht die Auffassung seiner Parteigenossen sei. (Großer Beifall.) Die Zentrale habe Levi ausgeschlossen nicht wegen seiner politischen Auffassung, sondern weil er der Partei in einer der schwierigsten Situationen in den Rücken gefallen sei. Der gestrige „Schnitt" habe bewiesen, daß der in Sachsen und Bayern bestehende Belagerungszustand nur zur Unterdrückung der Kommunisten aufrechterhalten werde, und daß es Aufgabe des Parteitages sei, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern.

Der Streik der polnischen Eisenbahner.

Ueber den Streik der polnischen Eisenbahner wird gemeldet: Der Streik im Posener Direktionsbezirk ist allgemein, während in Pommerellen nur ein Teilstreik besteht. Der Mittelpunkt der Streikbewegung ist Posen, wo sich ein Streikkomitee gebildet hat. Die polnische Regierung hat von der Militarisierung der Eisenbahn vorläufig abgesehen, da man durch die Anwendung dieser Maßnahme eine Verschärfung der antizentralistischen Stimmung in den früher preußischen Gebieten befürchtet. Das Posener Generalkommando beruft auf Befehl des Kriegsministers die Jahrgänge 1882—1892 der dortigen demobilisierten und beurlaubten Eisenbahntruppen ein.

Eine große Rede Briands.

Nach der „Ere Nouvelle" wird Briand noch vor dem Zusammentritt der Kammer in Saint Nazaire in Gegenwart der meisten Minister und der Abgeordneten des Departements eine große Rede halten.

Quinones de Leon lehnt ab.

Wie die „Agence Havas" aus Madrid meldet, hat Quinones de Leon das Angebot des Grafen Ixsii, das Amt eines Berichterstatters in der oberschlesischen Frage zu übernehmen, abgelehnt.

Deutsches Reich.

Ein internationaler demokratischer Jugendkongreß findet zurzeit in Kopenhagen statt. Außer den neutralen Ländern sind Frankreich, England und Oesterreich vertreten, für Deutschland ist der Vorsitzende der deutsch-demokratischen Jugendvereine Oberlehrer Landahl und die Studenten Janetsch, Robinsohn und Scheider erschienen. Nachdem der französische Vertreter erklärt hatte, daß die französische Abordnung für ihre ehemaligen Feinde nur Worte der Versöhnung habe, gab Janetsch seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch die französische Jugend vertreten sei. Diese Teilnahme der Franzosen sticht vorteilhaft von ihrer Enthaltung von der Tagung der interparlamentarischen Union ab. Es ist zu begrüßen, daß die Jugend, der die Zukunft gehört, den Haß nicht weiter fressen lassen will, den die chauvinistischen Politiker aller Staaten für alle Zeiten verewigen wollen.

Der Balken im fremden Auge. Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat, wie sich aus der Antwort auf eine kleine Anfrage ergibt, Maßregeln getroffen, daß Schüler sich an kommunistischen Kindergruppen nicht beteiligen dürfen. Das ist selbstverständlich, wahlunmündige Schüler und Schülerinnen haben in parteipolitischen Vereinigungen nichts zu suchen. Der Humor der Sache liegt aber darin, daß die kleine Anfrage von einem deutschnationalen Abgeordneten gestellt worden war. Was die Deutschnationalen bei den Kommunisten rügen, wird von ihnen tagtäglich in weit umfangreicheren Maße gesündigt. Ob allerdings die Unterdrückung deutschnationaler Parteiverhetzung namentlich in den höheren Schulen so leicht möglich sein wird, wie die der kommunistischen, ist mehr als zweifelhaft, da leider ein großer Teil der Lehrer nicht nur innerlich die deutschnationale Agitation unterstützt. Während sich aus der Antwort des Ministers ergibt, daß kommunistische Kindergruppen nur an zwei Orten den Lehrern bekannt geworden sind, kann man überall Schüler und Schülerinnen mit den Abzeichen der „Nationalen Jugend" und den Hakenkreuzen beobachten. Daß die Deutschnationalen bestreiten, daß die Jugendgruppen politisch sind, kann nichts daran ändern, daß in ihnen die Verachtung und der Haß gegen die jetzige Staatsform im deutschnationalen Sinne erregt und genährt wird.

Die Arbeitsverhältnisse in Oberschlesien. Im oberschlesischen Abstimmungsgebiet ist eine wesentliche Besserung in der Lage des Arbeitsmarktes eingetreten. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage beträgt augenblicklich 1487 zu 1267. Der Überschuß der Arbeitsuchenden ist seit Beendigung der inneren Unruhen stets zurückgegangen. Arbeitskräfte werden vor allen Dingen gesucht im Bergbau und für ungelernte Lohnarbeit, im Baugewerbe und in der Landwirtschaft sind die Bedürfnisse an Arbeitskräften zurzeit gering. Es mangelt an Arbeitsgelegenheit für weibliche Arbeitsuchende. Vielfach werden Arbeitslose mit Notstandsarbeiten beschäftigt.

Die ehemals deutschen Beamten in Posen. In Sachen der außerordentlichen Beihilfen für die in Ruhestand versetzten Beamten der ehemals preußischen bezw. deutschen Verwaltung veröffentlicht das Posener Wojewodschaftsamt folgende Verlautbarung: Das Ministerium des ehemals preußischen Teilgebiets hat ein Rundschreiben erlassen, auf Grund dessen es die zuständigen Behörden und Ämter, die Ruhegehälter, Witwen- und Waisengehälter auszuzahlen, ermächtigt, Ruhegehaltsempfängern sowie deren Witwen und Waisen in Fällen, die Berücksichtigung verdienen, außerordentliche Beihilfen zu gewähren in einer Höhe, die ihre materielle Lage, mit der gebotenen Vorsicht geprüft, rechtfertigt. Infolgedessen fordert das Wojewodschaftsamt, alle Ruhegehaltsempfänger der ehemaligen preußischen Verwaltung sowie deren Witwen und Waisen auf, an das Wojewodschaftsamt, Abt. IV, Posen, Taubenstraße 1, unverzüglich Eingaben zu überreichen, damit sie zu den bisherigen Ruhegehaltsbezügen die erwähnte Beihilfe erhalten. In Frage kommen nur Ruhegehaltsempfänger usw. der allgemeinen und inneren Verwaltung, d. h. diejenigen, die auf Grund einer Anweisung des Wojewodschaftsamts Ruhegehälter empfangen. Um dem Wojewodschaftsamt eine beschleunigte Anweisung zu ermöglichen, empfiehlt es sich, daß die Antragsteller den Gesuchen Bescheinigungen der zuständigen Polizeiämter beifügen, daß sie sich, da ihre Einkünfte nur aus Ruhegehältern, Witwen- oder Waisengeldern bestehen, in schwieriger materieller Lage befinden.

Eine Tagung des Meierei-Verbandes für Westfalen und Lippe mit den Milchhändlergenossenschaften für Rheinland und Westfalen wegen der Milchversorgung der Städte fand am Montag in Bochum statt. Die Oberpräsidenten von Rheinland und Westfalen und die Landwirtschaftskammer in Münster hatten Vertreter entsandt. Die Versammlung war darin einig, daß alle Kriegsmaßnahmen beseitigt werden müßten und daß die Frage einer guten Versorgung der Städte mit Milch in erster Linie durch eine straffe Organisation aller an der Milchwirtschaft beteiligten Kreise zu lösen sei.

Ende der Lohnbewegung der Buchdrucker im Rheinland. Die tarifliche Sonderzulage für die Buchdrucker wurden 100, 125 und 150 Prozent erhöht. Damit ist die Lohnbewegung der Buchdrucker in Westfalen und im Rheinland vorläufig zum Stillstand gekommen.

Auslands-Rundschau.

Aus Mesopotamien.

Bei der Bekanntgabe der Krönung des Emir Fessal zum König von Mesopotamien teilt das britische Kolonialamt mit, daß die Behörden mit der politischen Frage Mesopotamiens vollauf zufrieden sind. Die Herabsetzung der britischen Garnison können daher rascher vorgenommen werden, als ursprünglich geplant.

Unruhen in Indien.

Einer Reutermeldung zufolge haben die Aufständigen in der Provinz Madras die Telefon- und Bahnlinien auf der Südindischen Bahn unterbrochen. Es kam zu Zusammenstößen mit Militär und Polizei. Zwei Offiziere und 2 Polizisten werden vermißt. Mehrfach wurden Postämter geplündert. Ein Sonderzug mit Truppen und Polizei ist von Calicut nach dem Schauplatz der Unruhen abgedampft.

Dem Oberkommissar in Spanisch-Marokko, der dem Ministerium seinen Rücktritt angeboten hatte, ist das Vertrauen der Regierung ausgesprochen und die nötigen Vollmachten erteilt worden. Die Truppentransporte nach Marokko werden im ganzen Lande fortgesetzt und vollziehen sich unter patriotischen Kundgebungen des Volkes. Auch der bekannte Radikale Lerroux tritt für die Fortsetzung des Marokko-Unternehmens ein.

Halle und Umgebung.

Halle, den 24. August 1921.

Die Neuregelung der Polizeistunde in Preußen.

Höchstens bis 1 Uhr.

Von amtlicher preußischer Seite in Berlin wird uns mitgeteilt: Der preußische Minister des Innern, Dominicus, hat nunmehr an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten zu Berlin den folgenden Erlaß vom 19. August gerichtet: Der Reichsminister des Innern hat den § 3 der Bekanntmachung betreffend die Ersparnis von Brennstoffen u. Beleuchtungsmitteln vom 11. Dezember 1919 — R.G.Bl. 1855 — mit Ablauf des 31. August d. J. außer Kraft gesetzt. Ich ersuche nunmehr, nachdem damit die Wirtschaftsschlußstunde in Fortfall gekommen ist, die in der Folge allein maßgebende Polizeistunde entsprechend dem eingangs erwähnten Erlaß neu festzusetzen und hierbei nach folgenden Grundsätzen zu verfahren: 1. Vergnügungsparks, sog. Nummelplätze, sind mit Einbruch der Dunkelheit zu schließen. Es bleibt den Ortspolizeibehörden jedoch überlassen, eine Verlängerung bis 10½ Uhr eintreten zu lassen. 2. Für Theatervorstellungen und alle Darbietungen, welche bei gewerbsmäßiger Veranstaltung einer Erlaubnis aus § 33a der Reichsgewerbeordnung bedürfen, sowie für alle Lichtspielvorführungen ist die Polizeistunde spätestens auf 11½ Uhr festzusetzen. 3. Kaffees, Gastwirtschaften und Schankwirtschaften sind spätestens um 12 Uhr, Sonnabends um 1 Uhr zu schließen. Die Ortspolizeibehörden in größeren Städten und Badeorten sind berechtigt, bei nachgewiesenem dringenden Bedürfnis die Polizeistunde auch für die übrigen Tage bis 1 Uhr auszudehnen.

In besonders gearteten Einzelfällen, die einer besonderen Regelung dringend bedürfen, z. B. für Wohltätigkeitsveranstaltungen, können Ausnahmen, in keinem Falle aber über 2 Uhr hinaus, gestattet werden. Als Wohltätigkeitsveranstaltungen in diesem Sinne sind nur diejenigen anzusehen, zu denen gemäß der Bekanntmachung über Wohlfahrtspflege während des Krieges vom 15. Februar 1917 — Reichsgesetzbl. S. 143 — die Erlaubnis eingeholt ist. Der durch diesen Erlaß gezogene Rahmen darf unter keinen Umständen überschritten werden. Ueberhaupt ist dafür Sorge zu tragen, daß die neuen Bestimmungen nur den berechtigten Bedürfnis der Allgemeinheit entsprechen, nicht jedoch der Vergnügungs- und Verschwendungssucht gewisser Kreise Vorschub leisten. Es bedarf kaum einer Betonung, daß der Ernst der Zeit zur äußersten Zurückhaltung auf dem hier zur Erörterung stehenden Gebiet zwingt. Ich ersuche, die Durchführung der Neuregelung so zu beschleunigen, daß sie mit dem 1. September 1921 in Kraft tritt.

Ablieferungspflicht der Landwirte.

Das Amts- und Verordnungsblatt des Saalkreises gibt die Namen von 108 Landwirten bekannt, die im Erntejahr 1920/21, entweder gar nichts oder zu wenig an Brotkorn abgeliefert haben. Da neben der Angabe des Namens auch die Größe der mit Getreide bebauten Fläche genannt ist, läßt sich leicht ausrechnen, daß allein im Saalkreise die der Zwangswirtschaft hinterzogenen Mengen an Brotkorn Tausende von Zentnern betragen und diese Mengen den Weg in den Schleichhandel gefunden haben. Tatsächlich war also das System der Zwangsbewirtschaftung mit Getreide längst in sich zusammengebrochen, und der Schleichhandel schoß immer üppiger ins Kraut. Allerdings werden diese säumigen Landwirte, die sich durch die hohen Schleichhandelspreise einen unreellen Vorteil auf Kosten des Staates verschafften, nachträglich von den Behörden zur Verantwortung gezogen. Das Landratsamt des Saalkreises hat gegen sie Strafanzeige erstattet. Aber, was ist die Folge! Es gibt einen Rattenkönig von Erhebungen, Prozessen, Straffestsetzungen und deren Eintreibungen, und ein ungeheurer behördlicher Apparat wird in Bewegung gesetzt und verschlingt Staatsgelder und Arbeitskraft, für welche beide wir wirklich eine bessere Verwendung finden können. Das möge man sich besonders in denjenigen deutschnationalen Kreisen vor Augen führen, die sich im Klagen und im Spott über den großen Beamtenapparat der Republik nicht genug tun können.

Durch Reichsgesetz ist nun für dieses Erntejahr ein Umlageverfahren eingerichtet und auf demokratischen Antrag ist die Menge des durch Umlage zu erfassenden Getreides von 3,5 Millionen Tonnen auf 2,5 Millionen Tonnen herabgesetzt. Pflicht der gesamten Landwirtschaft ist es aber, dieses Umlagesoll auch zu erfüllen. Als hervorragendes Beispiel kann hier das Vorgehen der Landwirte im Bitterfelder Kreise gelten, die sich freiwillig erboten haben, [illegible] von 72 000 zu liefernden Brotgetreide 75 000 Doppelzentner zu liefern. Der Preis für dieses Umlagegetreide beträgt für die Tonne Weizen 2300 Mark und für die Tonne Roggen 2100 Mark. Liefert der Landwirt zur richtigen Zeit ab, dann erhält er von der Reichsgetreidestelle für den Zentner Roggen also 105 Mark. Tut er es nicht, dann können zunächst die Kommunalbehörden die Höhe des Umlagesolls ereignen und der Landwirt erhält für das eingelieferte Getreide nur die Hälfte des Umlagepreises. Außerdem aber hat er der Reichsgetreidestelle den Unterschied zwischen Weltmarktspreis (mit einem Aufschlage von 50 Mark) und den Umlagepreis als Strafe zu vergüten. Steht also der Weltmarktspreis beispielsweise auf 200 Mark für den Zentner, so werden zu diesen 200 Mark noch 50 Mark hinzugerechnet und der unreelle Landwirt hat der Reichsgetreidestelle 145 Mark als Strafe zu zahlen.

Es liegt also zunächst aus diesen Gründen im eigenen Interesse der Landwirte, ihr Umlagesoll zu erfüllen und jenen gewissenlosen Spekulanten, die darauf spekulieren, daß das Reich neben dem Umlagesoll noch etwa 200 000 Tonnen braucht, und den Landwirten Phantasiepreise bieten, die Tür zu weisen. Man rechnete hier mit dem Umstande, daß das Reich die fehlende Menge aus dem freihändigen inländischen Getreide kaufen wird und hofft, daß das Sinken unseres Geldwertes den Getreideweltmarktspreis weiter in die Höhe treibt. Eine Spekulation, die nicht scharf genug verurteilt werden kann, und zu der die Landwirtschaft am wenigsten die Hand bieten darf.

Außerdem sei man aber gerade bei der Ablieferungspflicht des Brotkornes national nicht mit dem Wort, sondern mit der Tat. Der Preis für das Umlagegetreide ist doch wirklich so gestellt, daß der Landwirt bestehen kann. Und jeder Wucher mit diesem wichtigsten Nahrungsmittel trifft letzten Endes alle Volksgenossen, da er das gesamte Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttert.

th.

Die Ferienkolonie des Schrebervereins am Paul-Riedeckstift.

Man schreibt uns: Für Fernstehende sind die Schrebervereine nur Gartenbauvereine, die beneidenswerten Kohl und dergleichen bauen. Sie haben aber auch eine 50jährige Ueberlieferung, die heißt: „Kommt, laßt uns unsern Kindern leben." Unsere Vereine wollen im Sinne des Dr. Schreber die Großstadtkinder hinaus aus den lärmenden Straßen mit ihren Gefahren des Verkehrs, aus den dumpfen Höfen auf große Plätze in schöner Umgebung rufen zu frischem Spiele unter Aufsicht von Erwachsenen. Der Schrebervereim am Paul-Riedeckstift hat die Ueberlieferung während seines zehnjährigen Bestehens, das er in diesen Tagen feierte, stets gepflegt und Opfer niemals gescheut.

In diesem Sinne hat der Verein auch während der großen Ferien eine Ferienkolonie für erholungsbedürftige Kinder in seiner großen Gartenanlage eingerichtet. 238 Kinder nahmen daran teil; 133 gingen zur Volksschule, 73 zur Mittelschule, 13 in höhere Schulen, 17 waren unter 6 Jahren. Diese Kinder fanden sich an den Vor- und Nachmittagen auf dem Spielplatze ein. Turn- und Spielgerät stand ausreichend zur Verfügung. Eine Spielleiterin und Frauen und Männer des Vereins nahmen die Kinder in Obhut.

An den Vormittagen wurde den Kindern ein zweites Frühstück geboten, bestehend aus Kakao oder Reissuppe, Milchreis, Grieß mit einem Brötchen, nachmittags Kaffee mit einem Brötchen, Zwieback oder Kuchen. In der dem Verein gehörigen Feldküche kochten Damen des Vereins die Mahlzeiten und bewirteten danach die Kinder, die an den zahlreichen Gartentischen im Grünen sich niedergesetzt hatten. 9055 Mahlzeiten sind auf diese Weise in 40 Speisungen ausgegeben worden. An den heißen Tagen fanden die Kinder auf den Tischen in den schattigen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210824015/fragment/page=0002

Kriegsgefangenen des Bezirkshauses kostenlose Unterhaltungsspiele vor, oder Kaspar unterhielt sie auf seine Weise.

Viermal sind die Kinder auf Ausflügen in die Umgebung geführt worden, wobei sie auch der Ausschuß der Ferienkolonie bewirtet hat und ihnen ein gestrichenes Brötchen mit auf dem Weg gegeben hat.

Ein Kinderfest mit Strenselkuchen und Würstchen beschloß die glücklich verlaufene Ferienzeit. Die Wage zeigte bei 68 Prozent der Kinder eine durchschnittliche Gewichtszunahme von fast 1 Kilo. Einzelne hatten sich überraschend herausgemacht. Für dieses Werk an hallischen Kindern hat der Verein rund 8000 Mark in Geld und Geldeswert aufgebracht. Von den Kindern war ein mäßiger Beitrag erhoben worden. 53 Kinder waren unentgeltlich aufgenommen worden.

Außer dem städtischen Jugendamt sind dem Verein eine Reihe hallischer Firmen und Kinderfreunde zu Hilfe gekommen, die durch Spenden an Geld und Lebensmitteln oder durch günstige Preisansetzung die erfolgreiche Durchführung der Ferienkolonie ermöglichten.

Flugpostverkehr nach überseischen Ländern über England. Briefsendungen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Kanada und Südafrika über England können mit der werktäglichen Flugpost Berlin (Hamburg)—Bremen—Amsterdam—London, Abflug Berlin 7,30 V, Bremen 9,15 V, Bremen 10,45 V, Ankunft London 5,25 N beschleunigt an den Abgangshafen gebracht werden. Der Flugzeugzuschlag beträgt für Postkarten 40 Pfg., für Briefe 40 Pfg. für je 20 Gramm und für sonstige Briefsendungen 1 Mark je 50 Gramm. Die Sendungen erreichen bei regelmäßigem Flugverlauf die am folgenden Tage von Southampton und Liverpool abgehenden Dampfer. Die Abgangstage der Schiffe können bei den Postanstalten erfragt werden und sind auch aus der monatlich vom Reichspostministerium herausgegebenen Leitübersicht für Briefsendungen nach außereuropäischen Ländern ersichtlich, die zum Bezugspreis von 3 Mark für das Halbjahr bei jeder Postanstalt bestellt werden kann und auch regelmäßig in den „Verkehrsnachrichten für Post- und Telegraphie" abgedruckt wird.

Maßnahmen gegen zuviel Handgepäck. Infolge der Erhöhung des Gepäcktarifs hat die Mitnahme von Handgepäck in die Abteile der Züge einen so großen Umfang angenommen, daß die Eisenbahnverwaltung sich genötigt sieht, hierin einige Beschränkungen einzuführen. Aus diesem Grunde sind die Beamten an den Bahnsteigsperren angewiesen worden, gegen die Mitnahme von Handgepäck in größerem Umfange durch einzelne Reisende einzuschreiten und die Aufgabe des Gepäcks als Reisegepäck zu veranlassen. Ebenso sind auch die Gepäckträger angewiesen worden, Gepäckstücke größeren Umfanges nicht in die Abteile zu schaffen. Jedem Reisenden steht nur der Raum über und unter dem Sitzplatz zur Unterbringung des Gepäcks zur Verfügung, Stücke, die sich in diesem Raum nicht unterbringen lassen, müssen als Reisegepäck abgeliefert werden. Daher ist jetzt angeordnet worden, daß die Abfertigung von Reisegepäck in Ausnahmefällen auch am Zuge selbst stattfinden kann. Bis 15 Minuten vor Abgang des Zuges ist die Abfertigung auf dem Wege durch die Gepäckabfertigung des Abfahrtsbahnhofs noch möglich. Nach dieser Zeit stellt der Ladeaufsichtsbeamte am Packwagen den Gepäckschein aus, versieht das Gepäckstück mit der Bezettelung und trägt es noch nachträglich in die Ladeliste ein, so daß das Gepäckstück mit der gleichen Sicherheit befördert wird wie die ordnungsmäßig abgefertigten Gepäckstücke.

Die 14. Orgelsteierstunde (Neblina) in der Marktkirche findet morgen, Mittwoch, 6 Uhr statt. Orgelwerke von Gerhardt, Reger, Renner und Guilbins. Eintritt und Programm frei.

Der Volkskirchenbund in der Georgengemeinde veranstaltet Freitag, den 26. August, abends 8 Uhr im Saale der Torschule einen Vortragsabend. Es wird über „Die Ziele der Volkskirchenbewegung" gesprochen und ein Lichtbildervortrag über „Die religiöse Kunst Fritz von Uhdes" gehalten werden.

In der Monatsversammlung der Wohltätigkeitsvereinigung „Zigarrenlöschen-Sammler" wurde bekannt gemacht, daß die Meldungen auf Unterstützung armer Waisenkinder mehr zunehmen, aber weniger Spenden eingehen. Damen und Herren aller Kreise sind geheten, Zigarrenlöschen, unbrauchbare Zigarren, Zigarrenbänder, Flaschenkapseln, Flaschenkorke, Silberstanniol, alte Münzen, Briefmarken usw., was auf Wunsch gern abgeholt wird, nicht fortzuwerfen, sondern abzuliefern. Freigemachte Pakete von außerhalb finden gute Verwendung; hauptsächlich Zigarrenlöschen. Außer der Zentrale (Magistratssekretär Henn, Goethestraße 2 und Buchbindermeister Lehmann, Lessingstr. 38) nehmen noch diejenigen Stellen, wo diesbezügliche Plakate aushängen, solche Gegenstände an. Geldsendungen wolle man dort ebenfalls oder dem Leiter der Vereinigung, Herrn Kaufmann Reinhold Ahmann, Gr. Ulrichstraße 49 übermitteln.

Die übliche Nachtkeilerei fand in der Nacht zum Dienstag um 1 Uhr Ecke der Fleischerstraße statt, wo sich drei anscheinend dem Schiebertum angehörige Herren in die Glatzen geraten waren und sich in grunziger Weise auf einem molligen Sandhaufen umherkugelten. Und es dauerte nicht lange, da beteiligten sich die Frauen und die sonstige weibliche Begleitung der Kämpfenden ebenfalls an dem grimmen Streit. Während aber die Männer lautlos kämpften, war die handgreifliche Auseinandersetzung der Damen von einem großen Aufwand von Geschrei begleitet, so daß sich die erwachte Umwelt belebte, als den unterschiedlichsten Gesichtern allerlei Naß auf den sich dreschenden Damenflor aus den Fenstern zu gießen. Die Sippe kam und verscheuchte die Streiter. Auf dem Kampfplatz blieb ein wahrscheinlich falscher, aber sehr langer und ziemlich zerzauster Zopf zurück, mit dem noch morgens die Hunde ein neckisch Fangspiel trieben.

Schöffengericht.

Eine leichtfertige Zunge

scheint die 43jährige geschiedene Frau Emma G. von hier zu haben. Sie erwirbt sich ihren Unterhalt durch Abvermieten. Es scheint in ihrer Wohnung zuweilen so heftlich laut hergegangen zu sein, daß sich Mitbewohner das Hauses darüber beschwert fühlten und ihr mit Anzeige drohten. Als eine Flurnachbarin, die bisher ihre Freundin war, sie mit Bezugnahme auf das Geschwätz im Hause eines Tages warnte und sie zur Vorsicht mahnte, erklärte sie dieser: „Ich habe keine Angst. Bei mir verkehren nur hohe Herren, Offiziere und Kriminalbeamten, die mir Bescheid geben, wenn gegen mich was eingeht. Anzeigen gegen mich werden einfach totgeschwiegen." Diese Aeußerung wurde der Polizeiverwaltung hinterbracht, die nun wegen Beleidigung der Polizei Strafantrag stellte. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu einer Geldstrafe von 300 Mark.

Wegen öffentlicher Ausstellung unzüchtiger Abbildungen hatte sich der Kaufmann G. von hier zu verantworten. Er hatte in seiner Zigarrenhandlung Bücher ausgestellt, deren Titelbilder unzüchtige Sujets darstellten, und war dieserhalb mit einem Strafbefehl von 200 Mark bedacht worden, wogegen er Einspruch erhoben hatte. Die Verhandlung ergab, daß der Angeklagte 5 im „Verlag für moderne Lektüre" erschienene und bereits der Beschlagnahme verfallene Bücher ausgestellt und vertrieben hat. Die Bilder stellten nackte Frauenkörper dar und waren ohne jeden künstlerischen Wert. Das Gericht ermäßigte die Geldstrafe auf 100 Mark, lediglich aber wegen der wirtschaftlichen Notlage des Angeklagten.

Familien-Nachrichten.

Verlobte: Anny Gricke — Hans Betiram, Halle. Friedel Dönicke, Halle — Georg Kreinbrück, Berlin.

Gestorben: Polizeibeamter a. D. Otto Günther, Halle. Frau Wwe. Berta Nürnberger geb. Marggraf, Mücheln (70 J.). Frau Agathe Schmidt geb. Faulwetter, Halle (63 J.). Frau Minna Merche geb. Reinhardt, Halle (68 J.). Frau Wilhelmine Wahl geb. Beuschel, Ammendorf (68 J.).

Provinzial-Nachrichten.

Aus dem Elsterthale, 23. August. (Die Aussichten der Rebhühnerjagd) sind nicht so ungünstig, wie man anfangs annahm, nach Aberntung der Halmfrüchte läßt sich jetzt alles besser übersehen als früher und es kommen morgens und abends auf den Stoppelfeldern die Ketten jetzt zahlreicher zum Vorschein als zuvor. Ausgewachsene schußreife Hühner sind indessen nur in geringerer Zahl vorhanden, ein Beweis, daß die Nässe zur Brutzeit doch nachteilig gewirkt hat und öfter ein zweites Gelege die Folge war, weshalb auch noch verschiedene Ketten mit ganz jungen Hühnern vorkommen. Freund Lampe zeigt sich auch verhältnismäßig häufig, da der erste Satz bei den günstigen Witterungsverhältnissen im Frühjahr gut durchgekommen war und von diesem meist das Resultat der Hasenjagd abhängt; er immmelt sich in ziemlich zahlreichen Exemplaren auf den Triften und Stoppelfeldern.

Aus der Elster- und Luppenaue, 20. August. (Die Schwalben ziehen heimwärts.) Auf den dünnen Zweigen hoher Bäume, auf den Dachfirsten hervorragender Gebäude, auf den Telephondrähten scharen sich schon die Schwalben und versammeln sich als Vorbereitung zum Aufbruch nach dem fernen Süden. Mit fröhlichem Gezwitscher werden Flugübungen unternommen, gleichsam als Vorübungen zur Hauptübung übers Meer. Wie nun aber eine Schwalbe bei ihrem Kommen keinen Sommer macht, so werden hoffentlich auch die ersten Fortzügler uns nicht gleich den ganzen Sommer rauben.

Mühlhausen, 22. August. (In Haft genommen) wurde der in der Maschinenfabrik Claß u. Zlenzke in Stellung befindliche Werkmeister, weil er in dringendem Verdacht steht, seit einigen Jahren fortgesetzt Diebstähle bei der Firma begangen zu haben. Eine Durchsuchung seiner Wohnung förderte Diebesgut im Werte von 50 000 Mark zu Tage. Den größten Teil der gestohlenen Waren hat er, an einen Kaufmann Störmer in Mehlis geschickt. Dieser sollte Waren und Werkzeuge dort verkaufen. Von der Polizei in Mehlis wurde auch eine Durchsuchung bei Störmer vorgenommen und dort ebenfalls ein großes Lager beschlagnahmt. Er gab bei seiner Vernehmung an, Waren im Werte von 15 000 bis 20 000 Mark gestohlen zu haben. Nach seinen Aufzeichnungen und den beschlagnahmten Gegenständen kommt aber eine Summe von über 40 000 Mark heraus.

Mehla, 20. Aug. (Aus dem Tierleben.) Hier füttert eine Hundemutter zwei Hunde und — — ein Kaninchen. Das letztere hat sich bei Hundemutter am Waldrand von Reichenfels geholt. Die kleinen Tierchen sind wohlauf.

Fallersleben, 23. Aug. (Der Fallersleber Hof,) das Geburtshaus Hoffmanns v. Fallersleben, ist von Hotelbesitzer Freese an den Pächter Wilhelm Grote verkauft worden.

Weimar, 23. August. (Bienenlieferungen an die Entente.) Im Herbst d. J. sollen rund 75 000 deutsche Bienenvölker in Körben an Frankreich und Belgien abgeliefert werden. An der Aufbringung dieser gewaltigen Menge müssen sich die Imker aller deutschen Gebiete beteiligen. Da mit den Bienen der Honig geliefert werden muß und die vom Feindbund zu erwartenden Preise keineswegs dem Werte angemessen sein werden, so müssen, wie der Vorsitzende des Thüringer Bienenwirtschaftlichen Hauptvereins bekannt gibt, die Imker lediglich die Ausübung einer vaterländischen Pflicht zur Erfüllung des Friedensvertrags auf sich nehmen. Auch von den Thüringer Imkern müssen zahlreiche Bienenvölker abgeliefert werden.

Gotha, 18. Aug. (Der Stadtrat) beschloß, gegen den Stuttgarter Allgemeinen Versicherungsverein Klage zu erheben, weil dieser sich weigert, der Stadt auf Grund eines Haftpflichtgesetzes die Beträge zu ersetzen, die die Stadt an das Reich, das den anläßlich von Tumulten Beschädigten oder deren Hinterbliebenen eine Rente zu gewähren hat, zahlen muß.

Gera, 20. Aug. (Tod im Seebad.) Dr. med. Knüpfer aus Gera, der sich in Binz befand, ist im Seebad ertrunken. Dr. Knüpfer, der außerordentlich kurzsichtig war, hatte beim Baden die angebrachten Schutzvorkehrungen des Bades infolge seiner Kurzsichtigkeit überschritten. Er geriet dabei in tiefe, nicht zum Baden freigegebene Stellen und fand so einen unerwarteten Tod.

Steinach, 19. Aug. (Der Streik der Glashüttenarbeiter) der hiesigen Gegend ist beendet. Die gestrigen Verhandlungen führten zu einem Lohnaufschlag von 20 Proz.

Erfurt, 19. Aug. (Frivole Schwindler.) Seit dem 21. Juli trat in Erfurt ein Drogist Kramer aus Hannover im angeblichen Auftrage des früheren Oberleutnants Bock aus Bremen auf und sammelte Beiträge für den Bundesblindeter Krieger ein. Es gelang ihm, Einwohnern den Betrag von 15 805 Mark abzuschwindeln; davon hat er etwa 5000 Mark an Bock abgeführt und den Rest in einem Erfurter Kaberett verjubelt. Kramer und Bock waren nicht berechtigt, Mitglieder in der Provinz Sachsen anzuwerben. Kramer ist bereits im Jahre 1920 in Erfurt aufgetreten und hat auch in Gotha Schwindeleien derselben Art begangen. Er konnte durch die Erfurter Kriminalpolizei festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt werden. Bock wohnt in Bremen.

Suhl, 19. August. (Erfolgreicher Protest.) Die Regierung in Erfurt gab dem Ersuchen der bürgerlichen Stadtverordneten, die kürzlich erfolgten Wahlen zur Schuldeputation und zum Mieteinigungsamt als ungültig zu erklären, statt und ordnete Neuwahlen an, die in aller Kürze stattfinden. Daraufhin haben sich die Bürgerlichen zur weiteren Mitarbeit bereiterklärt.

Kassel, 19. August. (Verhaftung von Einbrechern.) Hier wurden zwei feingekleidete junge Burschen abgefaßt, die unter der Hand Tafelsilber zu verkaufen versuchten, das sie bei einem Einbruch in einem Landhaus gestohlen hatten. Diese gewerbsmäßigen Einbrecher, die schon mehrfach wegen schweren Diebstahls vorbestraft sind, hatten vor einigen Tagen im Westfälischen das Landhaus eines Industriellen erbrochen und für 300 000 Mark Schmucksachen, Tafelsilber, Bronzen und bares Geld gestohlen. Zwei ihrer Genossen werden noch gesucht; angeblich sollen diese in Frankfurt sein.

Sömmerda, 18. Aug. (Zündnadelgeld.) Die alte Waffenstadt Sömmerda gibt in nächster Zeit eine Notgeldserie heraus. Die sechs Scheine zeigen auf der Vorderseite Abbildungen von historischen Gebäuden derzeitiger Industriewerke und die Wildnisse von Salzmann und Dreyse mit entsprechenden Inschriften; die Rückseite ist dem Zündnadelgewehr gewidmet, von dem scherzhafte Bilder mit Versen zur Darstellung gelangen.

Leipzig, 23. Aug. (Verhaftung eines Millionärs.) Der Inhaber der Textil-Rohstoff-Verwertung, Katzbachstraße 6, Beer Sudovicz, wurde wegen unerlaubter Ausfuhr von Stoffen in Haft genommen. Sudovicz ist vielfacher Millionär. Die „Leipz. Ztg." berichtet darüber auf Grund amtlicher Auskunft: Vor einiger Zeit suchte Beer Sudovicz bei der hiesigen Reichsstelle für für Textilwirtschaft um Genehmigung der Ausfuhr von drei Waggons Lumpen nach der Ukraine oder Tschechoslowakei nach. Die Ausfuhrgenehmigung wurde erteilt. Anstatt nach der Ukraine verschob Sudovicz die Lumpen jedoch nach Polen. Ein Waggon befand sich bereits auf dem Gebiete der Tschechoslowakei, als der Reichsbeauftragte für Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr von der Angelegenheit Kenntnis erhielt. Die beiden übrigen noch in Deutschland befindlichen Wagen wurden angehalten. Sudovicz wurde daraufhin bei seiner vorgesetzten Verwaltungsbehörde in Leipzig vorstellig, ohne indes eine Aufhebung der Beschlagnahme erwirken zu können. Vor einigen Tagen wurde er nun nach Berlin beordert, worauf dann seine Verhaftung erfolgte. Wie wir noch hören, sollen die Verschiebungen des verhafteten Sudovicz, dessen Unternehmen rein privaten Charakter trug, von einem seiner Angestellten ans Tageslicht gebracht worden sein. Im Falle der drei Waggons Lumpen handelt es sich um Werte, die in die Hunderttausende gehen.

* **Leipzig,** 23. Aug. (Ein niedliches Geschichtchen) spielte sich bei einer Trauung in einer hiesigen Kirche ab. Unter den Blumenstreukindern befand sich auch das dreijährige Hänschen, das zum ersten Male an einer kirchlichen Feier teilnehmen durfte. Die Mutter hatte ihm vorher eingeschärft: Hänschen, sei ja recht ruhig, in der Kirche darf kein Mensch reden. Der Kleine ist auch musterhaft still und bewundert mit großen Augen das bunte Bild, das sich vor seinen erstaunten Kinderaugen entrollt. Nun betritt der Geistliche das Gotteshaus und beginnt mit der Trauerede. Kaum hat er die ersten Worte gesprochen, ruft das Hänschen laut und entrüstet: „Mutter, der Mann redet ja!"

Plauen, 23. Aug. (Autounfall.) Auf der Straße von Schleiz nach Wiedesdorf erlitt der Arzt Dr. Petersen aus Tanna, der von einem Krankenbesuch heimkehrte, die Gewalt über die Steuerung seines Automobils. Er und seine Gattin wurden derart auf die Straße geschleudert, daß die Frau besinnungslos liegen blieb, während der Arzt eine schwere Verstauchung davontrug. Das Automobil verbrannte vollständig.

Kunst und Wissenschaft.

Professor Dr. Ludendorff, der Bruder des Generals, wird zum Direktor des Potsdamer Astrophysikalischen Observatoriums ernannt werden und damit die Nachfolge des Geheimrats Dr. Müller antreten, der in den Ruhestand getreten ist.

Claire Dux geht nach Amerika. Der Geschäftsführer der Chicago Opera Company, George G. Spangler, teilte Pressevertretern nach seiner Rückkehr nach Amerika mit, daß er mit zahlreichen bekannten Sängern Europas für die Wintersaison Kontrakte abgeschlossen habe, u. a. auch mit der deutschen Sopransängerin Claire Dux.

Ein neues Werk von Hans Pfitzner. In der Einsamkeit seines Landaufenthaltes am Ammersee hat Hans Pfitzner die Komposition seiner „Eichendorff-Kantate" beendet und arbeitet zurzeit nur noch an ihrer Instrumentation. Dieses Chorwerk, das seine Uraufführung in Berlin erleben soll, besteht aus einer Reihe der Eichendorffschen „Wanderlieder", die vom Komponisten ausgewählt, zusammengestellt und je nach ihrem Inhalt für Soli, Chor und Orchester komponiert worden sind. Eine Ausgabe des Werkes mit Begleitung von zwei Klavieren anstatt des Orchesters ist in Arbeit, um auch an kleineren Orten, wo das Orchester fehlt, eine Aufführung zu ermöglichen.

f. **Die Frage der Euthanasie,** d. h. des schmerzlosen Todes hoffnungslos Kranker durch Eingreifen des Arztes, ist schon vielfach erörtert und in Fachblättern, in wissenschaftlichen Büchern, in Romanen und selbst Dramen behandelt worden. Das Problem der Sterbehilfe hat ja nicht nur medizinisches, sondern auch juristisches und vor allem allgemein menschliches Interesse. Neuerdings hat diese Frage nun Medizinalrat Dr. Heyn in der Zeitschrift für Medizinalbeamte zur Besprechung gestellt. Nach ihm ist die Sterbehilfe seitens eines Arztes nur dann gestattet, wenn der Kranke selbst es fordert, aber nicht, wenn der Kranke dazu nicht in der Lage ist. Mit Recht lehnt Heyn daher bei willenlosen Geisteskranken eine Verkürzung des Lebens ab, und auch nicht ein Arzt allein darf die Entscheidung treffen, sondern höchstens ein Kollegium oder eine Kommission, um jede Fehldiagnose möglichst auszuschließen. Als Krankheiten, bei denen die Sterbehilfe vorzugsweise in Frage kommen kann, bezeichnet Heyn Krebs und Tuberkulose, unter Umständen auch schwere Herz- und Nierenleiden, Rückenmarksdarre, Altersbrand usw., aber stets ist die Voraussetzung, daß der Kranke, der unter körperlichen Qualen leidet, nach menschlichem Urteil unrettbar dem Tode verfallen ist und selber die Sterbehilfe verlangt.

Hochschulnachrichten.

Der a. o. Professor der systematischen Theologie an der Universität Marburg Dr. theol. Martin Rade ist zum ordentlichen Professor ebenda ernannt worden. — Der aus dem Lehrkörper der Universität Jena ausgeschiedene bisherige ordentliche Professor des deutschen Rechts, der deutschen Rechtsgeschichte und des Handelsrechts, Ministerialdirektor im Thüringischen Wirtschaftsministerium Dr. jur. Karl Rauch in Weimar ist zum außerordentlichen Honorarprofessor ernannt worden. — Der nichtplanmäßige a. o. Professor für Gemeindeverwaltungspolitik und allgemeine Statistik an der Technischen Hochschule zu Dresden, Dr. Friedrich Schäfer, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Dresden, wurde zum Honorarprofessor ernannt. — Der ord. Honorarprofessor für Geographie an der Universität Berlin, Dr. Alfred Merz, Abteilungsvorsteher am Institut für Meereskunde ist zum ordentlichen Professor daselbst ernannt worden.

Durch eine Stiftung der Württ. Metallwarenfabrik Geislingen a. St. ist es der Staatlichen Kunstgewerbeschule in Stuttgart ermöglicht worden, auf 1. September d. Js. eine neue Fachabteilung für Glas- und Steingravierung zu errichten, für deren Leitung mit der Amtsbezeichnung eines Professors der in seinem Fach als Glasschneider weltbin bekannte Stuttgarter Künstler Wilhelm von Eiff genommen wurde. — Das Ordinariat der Philosophie in Erlangen ist dem a. o. Professor an der Münchner Universität Dr. Alexander Pfänder angehoben worden. — Der etatsmäßige a. o. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Dießener Universität Dr. phil. et. jur. Friedrich Lenz ist zum außeretatsmäßigen ord. Professor ebenda ernannt worden. — Nachdem Prof. Dr L. Prandtl (Göttingen) den Ruf auf das durch den Rücktritt des Geh. Hofrats Dr. August Föppl erledigte Ordinariat für technische Mechanik an der Technischen Hochschule in München abgelehnt hat ist dieser Lehrstuhl dem o. Professor Dr. phil. Ludwig Föppl an der Technischen Hochschule zu Dresden angeboten worden. Ludwig Föppl, ein geborener Leipziger, Schüler von S. Finsterwalder (München) sowie F. Klein und D. Hilbert (Göttingen), gehörte früher lange Jahre dem Lehrkörper der Universität Würzburg als Privatdozent für Mathematik an. Ostern 1920 übernahm er das Ordinariat für Festigkeitslehre einschließlich der Gebiete der Hydrodynamik und der Aerodynamik in der mechanischen Abteilung der Technischen Hochschule zu Dresden. — Als Privatdozent für theoretische Physik wurde an der Münchener Universität Dr. Adolf Kratzer, Assistent am Institut für theoretische Physik, zugelassen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210824015/fragment/page=0003

Sport der „Saale-Zeitung".

Rennen zu Frankfurt.

Dienstag, den 23. August.

I. Preis von Schwanheim. 27 000 Mark. 1200 Meter. 1. Aberglaube (Rastenberger); 2. Jogull; 3. Ingeborg. Tot: Sieg 24, Platz 13, 15:10. Ferner lief Flitittergold.

II. Hold-Jagdrennen. Ehrenpreis und 22 000 Mark. 3500 Meter. 1. Escadron (Hr. v. Keller); 2. Carlchen; 3. Salombo. Tot: Sieg 13, Platz 12, 15:10. Ferner lief Inka.

III. Alexander-Rennen. 40 000 Mark. 2000 Meter. 1. Omen (D. Schmidt); 2. Freibeuter; 3. Rih. Tot: Sieg 11:10. 7 liefen.

IV. Preis von Fürsteneck. Ausgleich. 27 000 Mark. 1400 Meter. 1. Magelone (D. Schmidt); 2. Favorita; 3. Hellebarde. Tot: Sieg 47, Platz 21, 17:10. Ferner liefen Rabenlocke, First Rose, Schadenfreude.

V. Großer Frankfurter Moden-Preis. Ehrenpreis und 100 000 Mark. 1. Hr. Kohls Schloßkönigin (Hr. v. Pelzer); 2. Gestüt Starpels Romberg (Hr. v. Keller); 3. Erich. Tot: Sieg 70, Platz 24, 30, 36:10. Ferner liefen Liberia, Mentor II, Alerich, Hagelschlag Opante, Schwerenöter.

IV. Preis von Frankenstein. 25 000 Mark. 1400 Meter. 1. Eisellturm (D. Schmidt); 2. Manczika; 3. Delfin. Tot: Sieg 15, Platz 12, 16, 16:10. Ferner liefen: Felmy, Metronom, Hamster, Balte.

VII. Riese-Jagdrennen. Ehrenpreis und 27 000 M. 1. Rosmarin (Hr. v. Moßner); 2. Meinhard; 3. Draufgänger II. Ferner lief: Fliegender Aar. Der Toto ist infolge Telephonstörung ausgeblieben.

*

Vorausagen für Horst Emscher.

Mittwoch, den 24. August.

1. R.: March about — Lieselotte; 2. R.: Stall Oppenheim — Parther; 3. R.: Nuntius — Preisfrage; 4. R.: Einhart — Sternbild; 5. R.: König Midas — Flüchtling; 6. R.: Hexenkind — Spartaner; 7. R.: Brandmeister — Harmonie.

*

Die erfolgreichsten Rennställe.

Der Stall Weinberg, der nach dem Kölner Meeting bereits die Million an Preisen überschritten hatte, hat durch den Sieg von Graf Ferry im Frankfurter Jubiläums-Rennen weitere 80 000 Mark auf sein Konto gebracht und mit insgesamt 1 112 560 Mark die vorjährige Gesamtgewinnsumme von 1 343 560 Mark bald erreicht. Der im ersten Abschnitt der Saison weit in Front gelegene Stall Oppenheim ist mit 877 960 Mark weit zurückgeblieben, trotzdem seine Pferde 28, die des Stalles Weinberg dagegen nur 22 Rennen gewannen. Bei den Waldfrieder Züchtern waren die Dreijährigen die besten Verdiener. Ossian, Sieger der Großen Preise von Berlin, Hannover und Köln, sowie Zweiter im Derby steht mit 297 000 Mark an erster Stelle vor dem Derbysieger Omen mit 223 350 Mark und Graf Ferry mit 171 300 Mark. Ganz anders dagegen beim Stall Oppenheim. Hier nehmen die Vierjährigen die Spitze ein, von denen Wallenstein mit 207 000 Mark weit über seinen Altersgefährten Der Mohr, Rubier und Ihmene steht.

V. f. R. Reideburg Sieger in den Pokalspielen.

Im Entscheidungsspiel um den S. Weiß-Pokal standen sich gestern abend auf dem Komet-Pl. V. f. R. Reideburg u. Sportbrüder gegenüber. Nach äußerst interessanten Kämpfe konnte der Neuling in der ersten Klasse V. f. R. Reideburg seinen Gegner mit 2:1 schlagen und damit den Pokal in seinen Besitz bringen. Beide Mannschaften waren sich im großen ganzen ebenbürtig. Der Kampf war auch daher meist offen. Der Sturm der Reideburger zeigte sich vor dem gegnerischen Tor entschlossener und das entschied das Spiel zu deren Gunsten. Beim Wechseln hatten Sportbrüder noch 1:0 geführt, mußten sich aber dann bald den Ausgleich und wenig später das siegbringende Tor gefallen lassen.

Vermischtes.

Große Diebstähle bei einer Eilgutabfertigung.

Frankfurt a. M., 23. Aug. Die hiesige Kriminalpolizei ist umfangreichen Diebstählen bei der Eilgutabfertigung auf dem hiesigen Hauptbahnhof auf die Spur gekommen. Es wurde festgestellt, daß Zigarettensteuerbanderolen im Gesamtwerte von 428 000 Mark unterschlagen wurden. Auch weiteren Diebstählen bei der Eilgüterabfertigung ist man auf die Spur gekommen, sodaß die fortgesetzten Diebstähle bei den Bahnsendungen ihre Aufklärung finden dürften. Im ganzen wurden 15 Personen in Haft genommen.

Die Weimarer Museumsdiebe gefaßt. Der aufsehenerregende Diebstahl im Landesmuseum zu Weimar, bei dem u. a. ein Rembrandt gestohlen wurde, hat seine Aufklärung dadurch gefunden, daß die zurzeit in Weimar in Haft befindlichen Kaufmann Rost und Schlosser Schumann gestanden haben, den Diebstahl ausgeführt zu haben. Sie haben die Bilder in der Nähe von Weimar an einer Stelle verborgen, die zurzeit noch gesucht wird.

Der Feldzug gegen die Wettkonzerne. Zu der Blättermeldung über ein beabsichtigtes Einschreiten gegen die Sportbanken und Wettkonzerne wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Polizei leider bisher keine gesetzliche Handhabe hat, um gegen die betreffenden Unternehmen vorzugehen.

Ein neuer Rekord in der Stenographie. Der bisherige Rekord des Nationalstenographen Bethke (Leipzig) mit 470 Silben in der Minute ist bei einem Bezirkswettschreiben des Ostbezirks im Industrieverband für Nationalstenographie in Rheda i. W. von dem Remscheider Herbergs mit 480 Silben übertroffen worden. Von Redakteur Jödel (Duisburg) wurde mit 490 Silben ein neuer Rekord aufgestellt.

Phantastische Preise im bolschewistischen Rußland. Nach einer Moskauer Meldung ist die freie Verwendung von Postsachen im bolschewistischen Rußland jetzt aufgehoben und dafür sind phantastisch hohe Postgebühren eingeführt worden. Eine Postkarte oder ein Stadtbrief kostet z. B. 100 Rubel, ein Brief nach außerhalb 250 Rubel, ein Einschreibebrief 1000 Rubel, Stadtelegramme kosten 100 Rubel das Wort, Telegramme nach auswärts 500 Rubel und Eiltelegramme 1000 Rubel das Wort. Auch die Erhöhung der Eisenbahntarife nimmt geradezu groteske Formen an. Ein Billet von Petersburg nach Moskau kostet 140 000 Rubel, hinzukommen jedoch verschiedene Extra-Ausgaben für Platzkarte, Eilzuschlag usw., so daß nur die Fahrt-Ausgabe für die Strecke von ca. 600 Kilometer 250 000 bis 300 000 Rubel beträgt.

Einführung in die Kunst. In der „Dame" veröffentlicht Roda Roda „für seine Freunde, die nach München kommen" u. a. die folgenden künstlerischen Ratschläge: „Wie benehme ich mich als Besitzer von Gemälden? Man kaufe nur gerahmte Bilder. Rahmen sind unter allen Umständen eine vorteilhafte Kapitalanlage, da sie im Preis immerfort steigen. Man kann einen schönen Rahmen auch stets für wenig Geld neu füllen lassen, wenn einem das alte Sujet nicht mehr gefällt. — Man hänge das Bild so auf, daß das Signum rechts unten bleibt, und ist dann beinah sicher, nicht verkehrt gehängt zu haben. Doch kann man moderne Gemälde ohne Schaden für die künstlerische Wirkung als Quer- und Längsformat gebrauchen. — Immer suche man dunkle Winkel der Wohnung aus, da stören die Gemälde nicht so sehr und schlagen nicht leicht ein. Wie reinigt man Bilder? Bei Pastellen wird ein Teppichklopfer genügen. Aquarelle wäscht man mit heißem Wasser und Seife. Oelgemälde mit einer Mischung von Terpentin und rauchender Schwefelsäure zu gleichen Teilen. Bleistiftzeichnungen sind am leichtesten zu reinigen: mit Radiergummi; nötigenfalls helfe man mit einem scharfen Messer nach . . . ."

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die Aufhebung der Sanktionen?

Paris, 23. August. (Eig. Drahtnachricht.) Wie L'Oeuvre erfährt, soll der Oberste Rat beschlossen haben, die Sanktionen noch vor dem 15. September aufzuheben. Nur müsse man sich noch darüber schlüssig werden, welche deutsche Einfuhr man in die Gebiete unter französischer Kontrolle und eventuell in Frankreich zulassen will. Die Zollermäßigungen müßten in beiden Ländern Kraft haben.

Die Lohnverhandlungen unterbrochen.

Berlin, 23. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Wirth begonnenen Verhandlungen über eine Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne sind unterbrochen worden, da in den Anschauungen der Beamten und Arbeitervertreter einerseits und dem Vertreter der Reichsregierung andererseits sich so große Differenzen ergaben, daß der Reichskanzler Dr. Wirth die Verhandlungen vorerst aussetzte, um sich mit den Parteiführern darüber zu beraten. Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern sollen morgen im Anschluß an einen Kabinettsrat stattfinden, der sich mit den Forderungen der Beamten und Arbeiter zu befassen haben wird. Die Reichsregierung dürfte die Spitzenorganisationen und den Deutschen Beamtenbund dann zu einer Konferenz im Reichsfinanzministerium einladen. Man hofft, die Schwierigkeiten, die noch dem Abschluß einer Einigung im Wege stehen, dann zu beheben.

Die holländische Völkerbunds-Delegation.

DA. Amsterdam, 23. Aug. (Eig. Drahtmeldung.) Die niederländische Regierung wird folgende Delegation nach Genf entsenden: Jonkheer van Karnebeek, Minister des Äußeren; Jonkheer de Marees van Swinderen, bevollmächtigten Minister in London und Prof. Dr. Struycken, Mitglied des Staatsrats und des ständigen Schiedsgerichtshofes. Als Hilfsdelegierte fungieren Prof. Dr. Treub, Mitglied der zweiten Kammer und ehemaliger Finanz- und Ackerbauminister und Jonkheer van Eysinga, Prof. an der Universität Leyden.

Ergebnisse der Hilfsaktion.

DA. Moskau, 23. August. (Eig. Drahtmeldung.) Die Hilfeleistung für die Hungernden beginnt greifbare Resultate aufzuweisen. 6 Provinzen müssen die Hälfte der für die Aussaat dringend benötigten 9 Millionen Pud Getreide liefern. Die täglich zu entsendenden Quantitäten steigen dauernd und werden bald 300 Waggons erreichen. Das Allrussische Hilfskomitee erhielt 60 Millionen Geld, außerdem Lebensmittel und Kleider im Werte von 700 Millionen. Der erste Kindertransport ist von Samara nach Hemel abgegangen.

Reorganisation des amerikanischen Generalstabes.

DA. New York, 23. Aug. (Eig. Drahtmeldung.) Der Kriegssekretär Weeks hat den Auftrag gegeben, den Generalstab der amerikanischen Armee so zu reorganisieren, daß er jedem Notfall begegnen kann. Die Ordre tritt mit dem 1. September in Kraft. Die neue Organisation hat General-Hauptquartiere zu errichten, die in Kriegszeiten den Kern der Feldarmeen ohne die Einmischung irgend eines Verwaltungszweiges des Heeresdienstes bilden sollen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Eisenhüttenwerk Thale A.-G. — Aquila-A.-G. Frankfurt a. M. Die „Frkf. Ztg." schreibt: Die Aquila-A.-G., eine neue Einkaufsgesellschaft der Firma J. Adler jr. in Frankfurt a. M., hat dem Vernehmen nach aus Konsortialhand einen Aktienposten des Eisenhüttenwerks Thale erworben. Bisher hatte die Kölner Eisenhandelsfirma Albert Oppenheimer die Viertelminorität des 25 Mill. Mk. betragenden Aktienkapitals in Händen. Der Erwerb der Aquila-A.-G., der übrigens unter dem heutigen börsenmäßigen Tageskurs (1160 pCt.) erfolgt ist, geht über das Ausmaß der Kölner Beteiligung hinaus. Die Interessennahme der Firma Adler hängt möglicherweise mit der Absicht zusammen, sich Schrottlieferungen zu sichern. Den beteiligten Banken dürfte aus der Transaktion ein nicht unerheblicher Nutzen verbleiben, da der Bestand an Thale-Aktien bereits älteren Datums ist.

Hasenmühle A.-G. in Frankfurt a. M. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung am 22. Oktober d. J. die Verteilung einer Dividende für das am 30. Juli zu Ende gegangene Geschäftsjahr von 12% (i. V. 10%) vorzuschlagen. Gleichzeitig will die Verwaltung beschließen, ferner vorzuschlagen, das Kapital von 3 auf 6 Millionen zu erhöhen.

Voraussetzung für die Erhebung der Umsatzsteuer. Nach einer Entscheidung des Reichsfinanzhofes vom 14. Juni 1921 ist die Umsatzsteuer nicht eine Besteuerung gewerblicher Unternehmungen, sondern eine Besteuerung der einzelnen entgeltlichen Umsätze eines Unternehmens. Mithin kommt es nicht auf die Tendenz des Unternehmens, sondern lediglich auf die Tatsache an, daß sich eine Person oder ein Unternehmen auf ein planmäßige geschäftliche Tätigkeit eingerichtet hat, in deren Verfolgt sie entgeltliche Lieferungen oder Leistungen fortgesetzt bewirkt. In dieser Richtung weicht der Begriff der selbständigen gewerblichen Tätigkeit vom Gewerbe- und Gewerbesteuerrecht vollständig ab. Ohne Rücksicht auf die Ziele, insbesondere auf die Gewinnabsicht des Unternehmens, kommt es für seine Umsatzsteuerpflicht lediglich darauf an, ob es in Verfolgung dieser Ziele in den privatrechtlichen rechtsgeschäftlichen Verkehr eintritt und hierbei dauernd entgeltliche Lieferungen und Leistungen bewirkt.

Die Preise für die Lieferung von Saarkohle nach Deutschland dürften anscheinend ziemlich hoch werden, so daß wohl große Balutaopfer zu bringen sind. Als voraussichtlicher Preis dürften vielleicht 100 Frank pro Tonne für prima Saarkohle in Frage kommen. Hierzu wären noch 10 Frank Kohlensteuer zu rechnen. Durch die jüngsten Verhandlungen ist der Absatz von Saarkohlen und, wie es scheint, auch von lothringischen Kohlen nach Deutschland gesichert. Wenn die Angabe zutrifft, daß eine jährliche Menge von 3½ Millionen Tonnen in Frage käme, so wäre das laut Frk. Z. rund ein Drittel der gegenwärtigen Förderungsleistung.

Erhöhung der Tafelölpreise. Infolge des schlechten Standes der Oelsaaten Thaden die deutschen Oelfabriken in den letzten Tagen die Preise für Tafelöl um weitere 10 Prozent auf 19,50 Mark pro Kg. erhöht.

Neugründungen in Hamburg. Unter dem Namen Mundus Import- und Export-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg ist dort ein Unternehmen mit einem Stammkapital von 2 Millionen Mark gegründet worden, das die deutsche Niederlassung Sindicato Coloniale Italiana Società Anonymo in Tripolis und die Generalvertretung sowohl dieser Gesellschaft wie der Warenabteilung des britisch-ungarischen Bankhauses in Budapest übernimmt. — Unter dem Namen Chemische Fabrik Dr. Brandt & Co. Akt.-Ges. in Hamburg wurde ein Unternehmen mit einem Aktienkapital von 1½ Millionen Mark gegründet.

† **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 22. d. M. für Kohlen, Koks, Brikette und Naßpreßsteine gestellt 5834 Wagen zu 10 to., nicht gestellt 153 Wagen zu 10 to.

Berlin, den 23. August, 1921. (Telegra).

Devisen.	Heutiger Kurs Geld	Heutiger Kurs Brief	Voriger Kurs Geld	Voriger Kurs Brief
Amsterdam-Rotterdam	2727.25	2722.75	2747.25	2752.75
Brüssel-Antwerpen	660.30	661.70	676.80	678.20
Christiania	1166.80	1168.70	1182.80	1185.20
Kopenhagen	1458.50	1461.50	1478.50	1481.50
Stockholm	1889.60	1893.50	1918.05	1921.95
Helsingfors	127.35	127.65	128.55	129.15
Italien	362.10	362.90	370.60	371.40
London	322.40	323.10	325.15	325.85
New-York	87.91	88.09	89.16	89.34
Paris	673.30	674.70	—	—
Schweiz	1483.50	1486.50	—	—
Spanien	1127.85	1139.15	—	—
Wien (altes)	—	—	—	—
do. Deutsch-Oesterreich abg.	9.73	9.77	9.93	9.97
Prag	102.35	102.65	102.80	103.10
Budapest	22.37	22.43	22.87	22.93

Banknoten.

	22. Geld	22. Brief	23. Geld	23. Brief
Amerikanische . . . 1000—5 Doll.	88,35	88,55	87,80	87,50
„ 2 u. 1 Doll.	88,15	88.35	86.40	86,80
Belgische . . . 100 Fr.	675,25	676,75	664.25	655,75
Dänische . . . 100 Kr.	1476 50	1479,50	1153,50	1456,50
Englische . . . gr. f. 1 £	324,10	325,10	321,50	326,80
„ . . . kl. f. 1 £ u. bar.	323,00	324,00	320,80	321,80
Finnische . . . 100 Finn. M.	127,50	128,00	125,50	126,00
Französische . . . 100 Fr.	683,00	684,25	670,75	672.25
Holländische . . . 100 fl.	2749,50	2755.50	2725,25	2720,75
Italienische . . . 100 Lire	368,00	369.00	362.50	363,50
Norwegische . . . 100 Kr.	1181,75	1148,25	1161,25	1163,75
Oesterreich. alte Abschn. zu 1000 K.	—	—	—	—
„ neue Abschn. zu 1000 K.	8,30	8,40	8,15	8,25
do. 10—100 K.	8,45	8.55	8,00	8,10
Rumän. Bankn. zu 500 Lei u. darüber	105,00	105,50	104,00	104,50
„ Abschn. unter 500 Lei	100,75	101,25	—	—
Schwedische . . . 100 Kr.	1916,00	1920,00	1883,00	1887,00
Schweizer . . . 100 Fr.	1491,50	1494,50	1479,50	182,50
Spanische . . . 100 Pes.	1138,75	1141,25	1119,75	122,25
Tsch.-slov. St.-Noten, neue Abschn. zu 100 K. u. darüber	102,75	102,75	101,35	102.25
do. unter 100 K.	101,75	102,25	101,50	101.85

(Wiederholt, da nur in einem Teile der Auflage.)

Amtliche Produktenpreise.

Berlin, 23. August. (Telegramm.) Amtliche Produktennotierungen. Weizen schles. 404—408, pommerscher 408—412, märk. 410—414 matter Roggen märk. 332 bis 338, meckl. 330—334, ruhig; Sommergerste 470—492, Wintergerste 380—396, still; Hafer schles. 328—334, märk. 334—342, unverändert; Weizenmehl 630—680, still; Roggenmehl 430—475, still; Weizenkleie 255 matt; Roggenkleie 255, matt; Raps 575—595, still; Rübsen 5 Mark unter Rapspreis, Leinsaat 575—595 still; Viktoriaerbsen 570—620, kleine Speiseerbsen 450—470, Futtererbsen 360—380, Ackerbohnen 320—330, Wicken 350—380, Peluschken 350—370, Lupinen blau 170—190, gelb 190—205, Seradella 260—280, Rapskuchen 250—260, Leinkuchen 380—395, Trockenschnitzel Oktb./Dez. 220—230.

La Platamais Aug.-Dez. ab Hamburg 292—296, ohne Provenienzangabe pro Aug.-Dez. 285—288 fester.

Nichtamtliche Produktenpreise.

Berlin, 23. August. (Telegramm). Rauhfutter: Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 23½ bis 24½, Haferstroh 23 bis 24 drahtgepreßt. Gebundenes Stroh 18 bis 20. Wiesenheu gute, gesunde, trockene Ware 63 bis 6. Gesunde und trockene Ware 50 bis 53. Kleeheu 80 bis 85, Alles pro 50 Kg.

Produktenbericht.

Berlin, 23. August. (Telegramm). Am Produktenmarkt übte auch heute die Bewegung der Devisenkurse keinen Einfluß aus. Weizen blieb lustlos. Für Roggen hat das Austauschgeschäft gegen gestern für die Landwirte nachgelassen. Die Forderungen waren teilweise erhöht, aber meist nicht durchzusetzen. Wintergerste wurde vermehrt angeboten. Sommergerste hatte stilleres Geschäft, da die Brauereien vorsichtiger im Kauf geworden sind. Mittlere Qualitäten von Sommergerste, die zu Braueregerste sich nicht eignet, waren sehr schwer unterzubringen. Für Hafer wurden höhere Preise gefordert. Der Absatz hierin gestaltete sich aber schwierig. Für Mais stellten sich cif.-Forderungen höher, während die Preise für Waggonofferten wenig verändert waren. Das Platzkonsumgeschäft blieb ziemlich lebhaft. Von Hülsenfrüchten neigten die Preise ebenfalls nach unten. Mehl war schwach und lustlos. Kleie war wenig angeboten. Raps war namentlich in alter Ware mehr offeriert.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den volkswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes und Gericht: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil i. V.: K. Krinke. Verlag und Druck: Saale-Zeitung, G. m. b. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210824015/fragment/page=0004